



Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

wuppertal institut zur globalisierung

Berichte aus dem Promotionskolleg

Lena Partzsch

Öko-faire Preise im Welthandelsregime

Wasser – natürliche Ressource,
Handelsware und Menschenrecht

 HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Herausgeber:

Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt , Energie GmbH
Döppersberg 19

42103 Wuppertal

Autorin:

Lena Partzsch
Promotionskolleg Ökologie und Fairness im Welthandelsregime
lena.partzsch@ufz.de

Mit einem Vorwort von Wolfgang Sachs.

November 2007

Diese Publikation ist auch als Wuppertal Paper Nr. 167 erschienen, November 2007, ISSN 0949-5266. „Wuppertal Papers“ sind Diskussionspapiere. Sie sollen Interessenten frühzeitig mit bestimmten Aspekten der Arbeit des Instituts vertraut machen und zu kritischer Diskussion einladen. Das Wuppertal Institut achtet auf ihre wissenschaftliche Qualität, identifiziert sich aber nicht notwendigerweise mit ihrem Inhalt.

Das für den Umschlag verwendete Bild verdanken wir dem verstorbenen Wuppertaler Bassisten und Künstler Peter Kowald. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von Johanna Lenz, Wuppertal.

Die Erstellung des Papiers und die Arbeit im Kolleg wurde gefördert von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, www.boell.de.

Zusammenfassung

Marktmechanismen finden in der internationalen Umweltpolitik immer mehr Beachtung. Je knapper ein Gut wird, umso mehr gewinnt es an Wert. Preise für natürliche Ressourcen stehen jedoch im Spannungsverhältnis zwischen Ökologie und Fairness. So dient die Einführung von (höheren) Wasserpreisen auf der einen Seite dem Schutz der Umwelt, weil sie die Ressourcennachfrage verringern. Auf der anderen Seite drohen sie, arme Bevölkerungsgruppen von der Nutzung des „Lebensmittel Nr. 1“ auszuschließen. Die Allokation von Wasser über Marktmechanismen kann somit im Widerspruch zum Menschenrecht auf Wasser stehen. Mit diesem vermeintlichen Antagonismus beschäftigt sich der Artikel. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Wasserpreise per se weder ökologisch noch fair sind.

Nicht die Einführung von Preisen, sondern die Übernutzung und Verschmutzung der natürlichen Ressourcen belasten sowohl Ökologie als auch Fairness. Wasser wird weltweit unabhängig davon, ob es einen Preis erhält, zu Luxuszwecken (Golfplätze, Fünfsternehotels) verschwendet, während es armen und indigenen Bevölkerungsgruppen sowie dem natürlichen Ökosystem entzogen wird. Das meiste Wasser wird in der Landwirtschaft genutzt – oft zur Bewässerung von *Cash Crops* für den Export. Davon hat die lokale Bevölkerung wenig. Eine solche Form der Übernutzung ist deshalb nicht nur unökologisch, sondern auch unfair.

Die Debatte zur Kommodifizierung und Privatisierung von Wasser bezieht sich in erster Linie auf die Versorgung von Haushalten und klammert die Ressourcenübernutzung durch multinationale Konzerne im Welthandelsregime aus. Eine Unterscheidung zwischen direkter Nutzung im Haushalt und indirekten Wasserentnahmen, insbesondere für den Export, kann helfen, Wasserpreise fair und ökologisch sinnvoll anzulegen. Durch Ausgleichsmechanismen für den direkten Verbrauch im Haushalt, wie das Programm *Free Basic Water* (FBW), können zudem Preise für natürliche Ressourcen und soziale Dienstleistungen (Wasser, Strom und Nahrung) fair und sozial verträglich gestaltet werden.

Inhalt

Vorwort zur Schriftenreihe des Promotionskollegs	3
1. Einleitung	5
2. Problemlage: Ressourcen werden knapp	6
3. Marktmechanismen als „Lösung“ – Wasser wird zum Handelsgut	9
4. Von der Kommodifizierung zur Privatisierung von Wasser	14
5. Protest gegen die Vermarktung von Wasser	18
6. Preise für die Ökologie, Ausgleichsmechanismen für die Fairness	20
7. Fazit	23
Literatur	24
Abstracts	28

Vorwort zur Schriftenreihe des Promotionskollegs

Es braucht nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, dass zukünftige HistorikerInnen die wirtschaftliche Globalisierung, welche die letzten Jahrzehnte geprägt hat, im Rückblick als eine Fehlentwicklung betrachten werden. Denn wie die biologische Evolution so ist auch die menschliche Geschichte nicht frei von Irrwegen; im Gegenteil, sie ist voller Aufbrüche, die dann in Sackgassen enden. So wäre es nicht überraschend, wenn die Globalisierung in den Geschichtsbüchern zu den missglückten Aufbrüchen zählen würde. Denn die Schieflage des Globalisierungsprozesses ist nicht mehr zu übersehen: Es haben die Gesetze des wirtschaftlichen Wettbewerbs die Herrschaft über die Weltgesellschaft angetreten und die Politik weitgehend ins Abseits gedrängt. Das lässt nichts Gutes für die Biosphäre oder Soziosphäre erwarten; in der Tat, bleibt diese Schieflage unkorrigiert, ist mit ökologischen und sozialen Verwerfungen beträchtlichen Ausmaßes zu rechnen. So haben ungezählte Vorschläge und Verhandlungen, Konflikte und Kämpfe in diesen Jahren auf die einseitige Ausrichtung der Weltgesellschaft auf wirtschaftliche Effizienz reagiert; der Ausgang dieses Ringens wird darüber entscheiden, ob die Globalisierungswelle am Ende des 20. Jahrhunderts dem 21. Jahrhundert zum Verhängnis oder zum Segen gereichen wird.

Welche Globalisierung ist zukunftsfähig? Unter dieser Leitfrage hat das Wuppertal Institut seit dem Jahre 2002 ein Querprojekt eingerichtet, welches versucht, Beiträge zur breiten Debatte in Wissenschaft und Politik über die Schieflage der Globalisierung zu leisten. Erst der Übergang zu sozial- und umweltverträglichen Produktions- und Konsummustern in den Industrie- und Schwellenländern – so die tragende Vermutung – kann die Grundlage dafür bieten, dass der Prozess der Globalisierung nicht systematisch die Stabilität von Gemeinwesen wie von Ökosystemen untergräbt. Vor diesem Problemhintergrund streben die Arbeiten aus dem Querprojekt danach, Optionen zur nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung zu identifizieren. So entstanden neben einer Serie von Wuppertal Papers als wichtigste Ergebnisse aus dem Projekt das Buch „Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit“ (2005) und – in Zusammenarbeit mit internationalen Autoren – der Report „Slow Trade – Sound Farming. Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft“ (2007).

Im April 2005 wurde am Wuppertal Institut mit Förderung durch die Heinrich-Böll-Stiftung auf drei Jahre das Promotionskolleg „Ökologie und Fairness im Welthandelsregime“ eingerichtet. Sieben NachwuchswissenschaftlerInnen erarbeiten Dissertationen, die an ausgewählten Beispielen und für unterschiedliche Ebenen intellektuelle Vorarbeiten für eine umwelt- und menschenfreundlichere Globalisierung bieten wollen. Dabei macht es der Rahmen des Kollegs möglich, dass die einzelnen DoktorandInnen nicht ganz alleine bleiben mit Feldforschung, Bücherstudium und Schriftstellerei.

Vielmehr entsteht über ausführliche Diskussionen an Kollegtagen, über gemeinsame Exkursionen zu Tagungen und Institutionen, über die Einbindung in die Forschungsarbeit des Instituts, und nicht zuletzt auch über freundschaftliche Bande untereinander ein sozialer Humus, aus dem alle TeilnehmerInnen ihren Nutzen ziehen. In der Tat, hinter der Einrichtung des Kollegs steht die Auffassung, dass geistige Orientierung über individuelle Forschung hinaus auf Gespräch und Geselligkeit beruht.

Die vorliegende Serie „Berichte aus dem Promotionskolleg“ legt Zwischenresultate aus diesem Forschungsprozess vor. Nachdem die sieben KollegiatInnen über mehr als zwei Jahre sowohl mit ihrem individuellen Forschungsprojekt wie mit der gemeinsamen Auseinandersetzung beschäftigt waren, versucht in diesen Texten jeder/jede, ein vorläufiges Fazit zu ziehen. Dabei richten die Studien den Scheinwerfer auf jeweils unterschiedliche Bühnen der *global governance*: einige untersuchen Konflikte und Gestaltungsoptionen in transnationalen Wertschöpfungsketten, einige in zwischenstaatlichen Handelsabkommen und wieder andere auf der Ebene globaler Ordnungsprinzipien. Und die meisten Studien konzentrieren sich, dem Gegenstandsbereich der Dissertation entsprechend, auf jeweils ein Handelsgut wie Kaffee, Textilien, Biomasse, Wasser, Saatgut, während andere bestimmte Merkmale grenzüberschreitender Ressourcen- und Abfallströme in den Blick nehmen. Dabei sind alle AutorInnen von der Frage bewegt, welche Handlungs- und Politikansätze versprechen könnten, globale Märkte auf mehr Ökologie und Fairness zu verpflichten.

Die Mitglieder des Promotionskollegs hoffen, mit dieser Serie jenen globalisierungskritischen AktivistInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen, denen es um eine ressourcen-leichte und faire Weltwirtschaft zu tun ist, einen Einblick in ihre Arbeitsergebnisse zu geben. Sie wünschen sich, dass der eine oder andere Befund oder die eine oder andere Idee in der Arbeit anderer LeserInnen fruchtbar wird. Das wäre gewiss auch im Sinne der Heinrich-Böll-Stiftung und des Wuppertal Instituts, den beiden Institutionen, denen die Mitglieder des Kollegs dafür danken, diesen gemeinsamen Denkraum geschaffen zu haben.

Wolfgang Sachs
Leiter des Promotionskollegs

1. Einleitung

Marktmechanismen und Ressourcenpreise finden in der internationalen Umweltpolitik immer mehr Beachtung. Sie stehen jedoch im Spannungsverhältnis zwischen Ökologie und Fairness. So dient die Einführung von (höheren) Preisen für natürliche Ressourcen wie Wasser auf der einen Seite dem Schutz der Umwelt, weil sie die Nachfrage verringern. Zudem können über sie Investitionen in ressourceneffizientere Technologien und Infrastruktur refinanziert werden. Auf der anderen Seite drohen sie, arme Bevölkerungsgruppen von der Nutzung lebenswichtiger Güter wie Wasser, Nahrung und Energie auszuschließen.

Die Strom- und Gaspreise steigen seit Jahren, zuletzt sogar um zweistellige Prozentraten (www.strom.de/vdew.nsf/id/DE_Strompreise). Das ist gut für die Umwelt, weil weniger fossile Energieträger verbrannt werden. Fair ist es nicht, wenn einkommensschwache Haushalte die Preise nicht mehr zahlen können und ihnen der Strom abgestellt wird (Büser 2005). Nahrungsmittel werden teurer. Die Tortilla-Krise in Mexiko sorgte weltweit für Aufregung: Der Preis für Tortillas stieg Anfang 2007 innerhalb kurzer Zeit um 30 Prozent und damit wurde das Grundnahrungsmittel für viele Mexikaner nicht mehr erschwinglich (Tiggers 2007). Nahrungsmittel und vor allem Wasser, das „Lebensmittel Nr. 1“, werden weltweit subventioniert, damit sie sich jeder leisten kann. Niedrige Preise oder sogar kostenloses Wasser führen jedoch zur systematischen Übernutzung der Ressource.

Mit diesem vermeintlichen Antagonismus beschäftigt sich der Artikel. Er greift die internationale Debatte zur Kommodifizierung von Wasser auf, bei der es im Kern darum geht, ob, wann und wie die natürliche Ressource als Ware behandelt werden soll. Indem zwischen direkter/individueller Wassernutzung für den persönlichen Gebrauch und indirekten Wasserentnahmen für global gehandelte Güter und Dienstleistungen unterschieden wird, können Ökologie und Fairness verbunden werden. Ausgleichsmechanismen wie das südafrikanische Modell des *Free Basic Water* (FBW) bieten eine zusätzliche Absicherung, das Menschenrecht auf Wasser umzusetzen.

2. Problemlage: Ressourcen werden knapp

Die weltweiten Ressourcenvorräte gehen zurück. Der Club of Rome wies auf die „Grenzen des Wachstums“ bereits 1972 hin (Meadows/Meadows 1972). Doch der Bedarf steigt ungebremst und überlastet die Ökosysteme. Große Flüsse wie der Colorado oder der Jordan trocknen aus, Grundwasserspiegel sinken (Matondo 2002: 835; UNESCO 2006: 144). Nicht nur Nordamerika und Westeuropa, sondern auch die wachsenden Wirtschaften in Südostasien, allen voran China und Indien, nutzen bereits heute erhebliche Ressourcen jenseits ihrer Grenzen und kämpfen mit Verschmutzungsproblemen (UNESCO 2006: 393). Zu den ökologischen kommen infrastrukturelle Versorgungsprobleme (Postel 2006: 16; WBGU 1997: 175 ff.).

Über eine Milliarde Menschen haben weltweit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und mehr als doppelt so vielen fehlt eine sanitäre Entsorgung (UNDP 2006: 2). Die UN Millennium Development Goals (MDGs) und der Johannesburg Plan of Implementation (JPOI) sehen vor, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und jener ohne angemessene sanitäre Entsorgung bis 2015 zu halbieren (siehe Übersicht 1). In Johannesburg 2002 wurde zudem das Ziel vereinbart, bis 2005 nationale Pläne für Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM), d.h. die nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen unter Berücksichtigung aller relevanten Bedürfnisse (Landwirtschaft, industrielle Prozesse, Verkehr, Wasserkraft u.a.), und für eine höhere Wassereffizienz (WE) zu erstellen (Rechkemmer/Schmidt 2006: 72; Torkil 2004: 9). Dieses Ziel bezieht sich auf die Gesamt-Wassersituation und geht über das Ziel der Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser, das in der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund steht, hinaus. Verantwortlich für die IWRM-Pläne sind die nationalen Regierungen – von denen die meisten den Umsetzungstermin 2005 verfehlten. Die internationale Gemeinschaft hält jedoch weiter am Ziel fest (CSD 2005: 4).

Übersicht 1: Die UN-Wasserziele

UN-Wasserziele	Monitoring zur Umsetzung
Halbierung des Anteils der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu sanitärer Entsorgung bis 2015, einschließlich der Weitergabe von Technologien	Millennium Development Goals Indikator 30, Wasserversorgung: http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Metadata.aspx?IndicatorId=30 Indikator 31, Sanitäre Entsorgung: http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Metadata.aspx?IndicatorId=31
Erstellen von Plänen für Integriertes Wasserressourcen-Management und eine höhere Wassereffizienz in allen Ländern (ursprünglich bis 2005)	World Water Forum 2006: www.worldwatercouncil.org/index.php?id=1403&L=0

Unterdessen spitzt sich die globale Wasserproblematik zu. Betroffen sind sowohl Entwicklungs- als auch Industrieländer (UNESCO 2006). Der natürliche Wasserkreislauf ist auf eine bestimmte Menge Wasser pro Zeitraum begrenzt, und diese zur Verfügung stehende Menge wird gegenwärtig exzessiv übernutzt – mit anhaltendem Trend weltweit: Der Wasserkonsum steigt doppelt so schnell wie die Bevölkerung wächst. Deshalb wird angenommen, dass die verfügbare Wassermenge pro Kopf in den nächsten zwei Jahrzehnten um ein Drittel fällt (Conca 2006: 151).

Im Unterschied zur öffentlichen Wahrnehmung wird nur ein Bruchteil des Wassers direkt im Haushalt verbraucht. Wasserspiegel sinken vor allem aufgrund der Übernutzung von Wasser durch die Bewässerungslandwirtschaft, die mit rund 70 Prozent weltweit den höchsten Anteil am Wasserverbrauch hat, gefolgt von der Industrie mit etwa 20 Prozent. Nur 10 Prozent des weltweiten Wasserkonsums findet direkt im privaten Haushalt statt (Spillmann 2000: 160; UNESCO 2006: 2). Auch für die Verschmutzung sind hauptsächlich Landwirtschaft und Industrie verantwortlich. In der konventionellen, industrialisierten Landwirtschaft werden chemische Düngemittel verwendet (Phosphate, Nitrate, Pestizide), die die Gewässer belasten (UNEP 2006: 9, 26 ff.).

Das in der Landwirtschaft und Industrie verwendete (und verschmutzte) Wasser dient letztlich dem privaten Konsum – nur dass es sich nicht um eine direkte, sondern indirekte Nutzung handelt, die zudem oft nicht im Inland erfolgt (UNESCO 2006: 393). Wasser, das für die Herstellung eines Produkts genutzt wird, aber im Produkt selbst nicht mehr enthalten ist, wird als „virtuelles“ Wasser oder „aquatischer Rucksack“ bzw. bei Berechnungen, die sich nicht auf das Produkt, sondern den Verbraucher beziehen,

als „Wasserfußabdruck“ bezeichnet (Hoekstra/Hung 2005; Sachs/Santarius 2005: 110 ff.). Um beispielsweise ein Kilogramm Weizen zu produzieren werden in der Bewässerungslandwirtschaft je nach Anbauregion und Bewässerungstechnik zwischen 1 und 2 m³ Liter Wasser benötigt (UNESCO 2006: 258). Beim Anbau von Baumwolle besteht sogar eine Varianz zwischen 3,6 und 29 m³/kg (Paulitsch et al. 2004: 24, 27). Tierische Produkte haben einen noch höheren Anteil virtuellen Wassers: zur Herstellung von einem Kilogramm Käse sind ca. 5 m³, für ein Kilogramm Rindfleisch sogar 16 m³ Wasser notwendig (UNESCO 2006: 257). Und auch mit der industriellen Veredlung steigen Wasseraufwand und –verschmutzung noch (Geißen 2006). Es wird zwar meist mehr Wasser genutzt als tatsächlich verbraucht, da das Wasser wieder in Oberflächen- und Grundwasser zurückgeleitet wird, der Trend geht jedoch sowohl zu mehr Wassernutzung als auch zu mehr Wasserverbrauch (UNESCO 2006: 278). Hinzu kommt die Verschmutzung (UNDP 2006: 143).

Gerade die wachsenden Volkswirtschaften in Schwellenländern im ostasiatischen und pazifischen Raum tragen allein aufgrund ihrer Größe entscheidend dazu bei, dass Wasser weltweit ein immer knapperes Gut wird – auch wenn der Pro-Kopf-Verbrauch in Nordamerika und Europa noch immer sehr viel höher ist (UNESCO 2006: 2). Ein US-Amerikaner weist einen durchschnittlichen „Wasserfußabdruck“ von 2.480 m³, ein Deutscher von 1545 m³ und ein Chinese von 702 m³ pro Jahr auf (www.waterfootprint.org).

Auf Basis der Werte des virtuellen Wasserverbrauchs und von Handelstatistiken lassen sich weltweite Wasserströme durch international gehandelte Waren zwischen Ländern und Regionen schätzen (Hoekstra/Hung 2005). Das globale Gesamtvolumen virtueller Wasserströme wird auf 1,6 Trillionen m³/Jahr veranschlagt. Schätzungsweise 16 Prozent der weltweiten Wassernutzung dienen der Produktion von Exportgütern (UNESCO 2006: 392), was einem Drittel des Wassers für die Bewässerungslandwirtschaft entspricht (UNEP 2006: 10). Die Ermittlung virtueller Wasserströme bringt zum Teil unglaubliche Tatbestände zutage. So importiert beispielsweise das mit Wasser gesegnete Westeuropa netto virtuelles Wasser aus dem wasserarmen Sub-Sahara-Afrika (UNESCO 2006: 392). Es ist anzunehmen, dass der Boom von Biotreibstoffen in Europa, diesen Trend noch verstärkt (Hughes et al. 2007).

3. Marktmechanismen als „Lösung“ – Wasser wird zum Handelsgut

Umweltkosten wie die „virtuelle“ Belastung der Wasserressourcen werden durch das bestehende Welthandelsregime weitgehend ignoriert. In den Preisen global gehandelter Produkte und Dienstleistungen sind sie nicht systematisch enthalten. Ein zu niedriger Wasserpreis wird deshalb für die Übernutzung der Ressourcen verantwortlich gemacht. Seit Anfang der 1990er-Jahre gewinnen Marktmechanismen und die Kommodifizierung von Wasser deshalb an Bedeutung (Finger/Allouche 2002: 97 ff; UNEP 2006: 50). Einige Marktbefürwortende wie Anderson und Snyder (1997) gehen so weit, jede Form staatlicher Intervention, insbesondere Subventionen, als Hauptursache für die Wasserkrise zu werten.

Mit *Kommodifizierung von Wasser* ist in diesem Artikel der Prozess der Schaffung einer wirtschaftlichen und politischen Struktur gemeint, die es erlaubt, Wasser als Ware zu handeln. Kommodifizierung ist kein Synonym für *Privatisierung*. Bei der Kommodifizierung geht es nicht nur um den Aufbau von Tarifstrukturen, sondern um ein in einem weiteren Kontext gewandeltes Verständnis von Wasser, seine Preissetzung, Eigentumsrechte und Grenzen zwischen öffentlich und privat. Elemente der Kommodifizierung von Wasser sind (Conca 2006: 216; WBGU 1997: 308):

- die Einführung von privaten Eigentumsrechten für Wasser,
- die Übernahme des so genannten Kostendeckungsprinzips für Wasser in dem Sinne, dass Wasserpreise alle Kosten, die sich aus der Produktion, Behandlung und Bereitstellung ergeben, decken (das Verursacherprinzip sieht vor, dass der Wassernutzer für die Kosten aufkommt),
- die Schaffung und Nutzung von Marktmechanismen zum Austausch von wasserbezogenen Gütern und Dienstleistungen, einschließlich einer Abkehr von einer Angebots- zu einer Nachfrageorientierung
- das wachsende Engagement von Akteuren des Privatsektors in Produktion, Bereitstellung und der Vermarktung von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie die Mobilisierung privaten Kapitals für den Bau und die Erhaltung von Infrastruktur, u. a. durch so genannte Public-Private Partnerships (PPP),
- Politiken, die die Überführung von Abwässern von einem Gewässer in ein anderes liberalisieren und regeln, einschließlich des internationalen Handels mit Wasser und
- die zurückgehende Rolle des Staates in Teilen oder den gesamten Funktionen von Versorgungsdienstleistung, Regulierung und Systemaufrechterhaltung.

Nicht alle diese Elemente der Kommodifizierung treten jeweils auf. Im Gegenteil vollzieht sich die Einführung von Marktmechanismen im Wassersektor im länderspezifischen Kontext. So heißt es beispielsweise in der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL): „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschätzt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“ Wasser wird nicht als handelbares Eigentum betrachtet, es werden keine privaten Eigentumsrechte für Wasser eingeführt. Um Verschmutzung und Verschwendung von Wasser zu begegnen, sieht die WRRL allerdings wirtschaftliche Instrumente vor, insbesondere das Kostendeckungsprinzip und einen nachfrageorientierten Ansatz (Art. 9 und 11, Anhang III und Anhang VI Teil B). Sie schreibt allerdings keine konsequente Umsetzung vor. So werden beispielsweise Subventionen – entgegen dem Kostendeckungsprinzip – zugunsten eines schonenden Umgangs mit Wasserressourcen nicht ausgeschlossen, etwa für den „Anbau von Früchten mit niedrigem Wasserbedarf in Dürregebieten“ (Anhang VI, Teil B). Die ökologische Dimension von Wasser hat in der WRRL klare Priorität vor wirtschaftlichen (und sozialen) Erwägungen.

Umweltpolitisch wird argumentiert, dass der systematische Einsatz von Gebühren und Abgaben, d.h. zunächst der Abbau von Subventionen und die Einführung kostendeckender Preise, ein Instrument darstellt, Wasserverschwendung und -verschmutzung drastisch zu verringern (EEB/Breyer 2001; Simonis 2001: 17 f.). Wenn die Wassergebühren, zum Beispiel für die Bewässerungslandwirtschaft, hoch genug sind, lohnt es sich, in effizientere Technologien zu investieren, die weniger Wasser verbrauchen und somit die Betriebskosten senken. Ist Wasser stark subventioniert oder gar kostenlos verfügbar, lohnen sich solche Investitionen nicht. Das gleiche gilt für die Aufbereitung von Abwasser. Nur wenn die Verschmutzung von Gewässern nicht externalisiert wird, sondern den Verursacher wirtschaftlich etwas kostet, lohnt es sich in Vorsorge und Aufbereitung zu investieren. Gemäß dem Verursacherprinzip (Polluter Pays Principle) sollen diejenigen, die für Verschmutzung verantwortlich sind, für die Kosten der Beseitigung bzw. Entlastungsmaßnahmen aufkommen (UNEP 2006: 50; WBGU 1997: 132 ff.). Das Prinzip wird jedoch nicht umgesetzt. Tatsächlich ist es oft so, dass diese Kosten von der Allgemeinheit getragen werden und Landwirten deshalb sogar über die Wassergebühren ein Ausgleich bezahlt wird, wenn sie sich Kooperationsprogrammen zum ökologischen Landbau, der die Gewässer weniger belastet, anschließen (Dalkmann et al. 2004: 64).

Kostendeckende Preise sind Kernelement eines nachfrageorientierten Managements mit dem Ziel, übermäßigen Wasserverbrauch zu reduzieren und somit die Wasserressourcen zu schützen (Bond et al. 2001: 25; Pallett 1997: 102 ff.). Statt das Angebot und damit die Übernutzung der Wasserressourcen zu steigern, zum Beispiel durch den Bau von Dämmen und Umleitungen, wird anerkannt, dass Wasser ein begrenztes Gut ist und innerhalb seiner Grenzen genutzt werden muss.

Marktmechanismen im Wasserektor stehen in enger Verbindung zu Bestrebungen für eine nachhaltige Entwicklung. Auf internationaler Ebene war es die International Conference on Water and Environment (ICWE) in Dublin 1992, eine Fachkonferenz, die Süßwasser zur begrenzten Ressource und zu einem wirtschaftlichen Gut erklärte. Die Dublin-Prinzipien folgen einem holistischen Anspruch des Wasserressourcen-Managements, das die soziale und wirtschaftliche Entwicklung mit dem Schutz natürlicher Ökosysteme zu verbinden sucht (Rahaman et al. 2001: 8).

Die vier Prinzipien sehen (1.) vor, dass Wasser eine begrenzte und verwundbare Ressource ist, die unentbehrlich für die Erhaltung von Leben, Entwicklung und die Umwelt ist. (2) Wasserentwicklung und -management sollten auf einem partizipativem Ansatz basieren und Nutzende, Planende und Politiker/innen auf allen Ebenen einbeziehen. (3) Frauen spielen eine zentrale Rolle in der Beschaffung, Verwaltung und Erhaltung von Wasser, und (4) Wasser hat in allen miteinander konkurrierenden Verwendungen einen wirtschaftlichen Wert und sollte als Wirtschaftsgut anerkannt werden (ausführlich siehe Übersicht 2).¹

Übersicht 2: Die Dublin Prinzipien

Dublin Guiding Principles

Concerted action is needed to reverse the present trends of overconsumption, pollution, and rising threats from drought and floods. The Conference Report sets out recommendations for action at local, national and international levels, based on four guiding principles.

Principle No. 1 – Fresh water is a finite and vulnerable resource, essential to sustain life, development and the environment

Since water sustains life, effective management of water resources demands a holistic approach, linking social and economic development with protection of natural ecosystems. Effective management links land and water uses across the whole of a catchment area or groundwater aquifer.

Principle No. 2 – Water development and management should be based on a participatory approach, involving users, planners and policy-makers at all levels

The participatory approach involves raising awareness of the importance of water among policy-makers and the general public. It means that decisions are taken at the lowest appropriate level, with full public consultation and involvement of users in the planning and implementation of water projects.

¹ Dublin-Erklärung: www.wmo.ch/index-en.html, 10.05.2004.

Principle No. 3 – Women play a central part in the provision, management and safeguarding of water

This pivotal role of women as providers and users of water and guardians of the living environment has seldom been reflected in institutional arrangements for the development and management of water resources. Acceptance and implementation of this principle requires positive policies to address women's specific needs and to equip and empower women to participate at all levels in water resources programmes, including decision-making and implementation, in ways defined by them.

Principle No. 4 – Water has an economic value in all its competing uses and should be recognized as an economic good

Within this principle, it is vital to recognize first the basic right of all human beings to have access to clean water and sanitation at an affordable price. Past failure to recognize the economic value of water has led to wasteful and environmentally damaging uses of the resource. Managing water as an economic good is an important way of achieving efficient and equitable use, and of encouraging conservation and protection of water resources.

Die Dublin-Prinzipien wurden kurze Zeit nach ihrer Verabschiedung von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UN Conference on Environment and Development – UNCED) in Rio aufgegriffen. In der dort verabschiedeten Agenda 21 heißt es (Kapitel 18.8):

„Bei der integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen wird von der Annahme ausgegangen, dass Wasser ein integraler Bestandteil des Ökosystems, eine natürliche Ressource und ein soziales und wirtschaftliches Gut ist, wobei Quantität und Qualität die Art der Nutzung bestimmen.“²

In der Agenda 21 wird Wasser im Unterschied zum vierten Dublin-Prinzip also nicht nur als wirtschaftliches, sondern als „soziales und wirtschaftliches Gut“ bezeichnet. Die sozialen Aspekte von Wasser finden allerdings in den drei anderen Dublin-Prinzipien Beachtung, und es liegt nahe, sie im Zusammenhang und nicht, wie es mitunter geschieht, unabhängig voneinander zu interpretieren. Nur so wird deutlich, dass die Bedeutung von Wasser sowohl in den Dublin-Prinzipien wie in der Agenda 21 auch als ökologisches Gut bzw. natürliche Ressource hervorgehoben wird. Das erste Dublin-Prinzip legt explizit fest, dass die Verwaltung von Wasserressourcen einem „holistischen Ansatz“ entsprechen soll, „soziale und wirtschaftliche Entwicklung mit dem Schutz der natürlichen Ökosysteme verbindend“.

² Originaltext in Englisch: “Integrated water resources management is based on the perception of water as an integral part of the ecosystem, a natural resource and a social and economic good, whose quantity and quality determine the nature of its utilization.”

Das vierte Dublin-Prinzip, dass Wasser als Wirtschaftsgut anerkannt werden sollte, wird trotzdem immer wieder einzeln angeführt, um die Kommodifizierung von Wasser zu begründen (Finger/Allouche 2002: 63 ff.). Nicht nur im umweltpolitischen Kontext, sondern gerade in der Entwicklungszusammenarbeit etwa mit Weltbank, KfW und GTZ setzt sich die Kommodifizierung von Wasser zumindest seitens der Geber zusehends durch: Über Wasserpreise sollen der Ausbau, der Betrieb und das Management der Wasserversorgung (re-)finanziert werden, um Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zu sparen bzw. die öffentlichen Haushalte der Empfängerländer zu entlasten (Helming 2002: 48 f.).

Diese entwicklungspolitischen Bestrebungen beziehen sich in erster Linie auf den persönlichen Gebrauch im Haushalt gemäß den MDGs, d.h. Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer sanitären Grundversorgung. Die Umweltpolitik hat stärker die Hauptverursacher der Übernutzung und Verschmutzung von Wasser im Blick, nämlich landwirtschaftliche und industrielle Prozesse. Folglich geht es der Entwicklungspolitik tatsächlich um die Kommodifizierung der direkten bzw. individuellen Wassernutzung für den persönlichen Gebrauch im Haushalt. Fokus der umweltpolitischen Debatte sind dagegen die indirekten Wasserentnahmen (WBGU 1997), wobei zusätzlich zwischen indirekten Wasserentnahmen für den lokalen Konsum (insbesondere Subsistenzlandwirtschaft, im Weiteren nationale Ernährungssouveränität) und für den Weltmarkt unterschieden werden kann (Sachs/Santarius 2005: 110 ff.).

4. Von der Kommodifizierung zur Privatisierung von Wasser

Die Kommodifizierung der individuellen Wasserversorgung ist Voraussetzung für ihre (Teil-)Privatisierung und die Liberalisierung von Betrieb, Management und/oder Infrastruktur. Auch wenn diese nicht notwendigerweise auf die Einführung von Wasserpreisen folgen, so wurden zwischen 1995 und 1999 weltweit im Schnitt 36 Wasserversorgungs- oder Abwasserentsorgungssysteme im Jahr privatisiert. Im Jahr 2000 waren nationale, regionale und kommunale Regierungen in 39 Ländern dabei, ihre Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu privatisieren (UNESCO 2006: 48). Auch die deutschen Stadtwerke werden verkauft (Stadler/Hoering 2003: 114). Inzwischen sind private Konzerne in der Hälfte aller Länder beteiligt, insbesondere in den Industrieländern, aber auch in zunehmendem Maße in den Entwicklungsländern. In Entwicklungsländer liegt die Privatsektorbeteiligung bei durchschnittlich 35 Prozent und in den Industrieländern sogar bei 80 Prozent der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (UNESCO 2006: 419).

Es sind einige wenige Konzerne, die sich das weltweite Wassergeschäft teilen (Deckwirth 2004: 6). In ihrem Interesse wurde die Wasserversorgung, die traditionell Aufgabe der lokalen oder nationalen Ebene war, inzwischen zum Gegenstand internationaler Verhandlungen wie des Dienstleistungsabkommens (General Agreement on Trade in Services – GATS) der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation – WTO) (Mehta/la Cour Madsen 2005).

Marktführer im Wassersektor sind drei französischen Unternehmen Suez, Veolia und Société d'Aménagement Urbain et Rural (SAUR) (neben Thames Water) (Deckwirth 2004: 6; Stadler/Hoering 2003: 92). Es handelt sich bei ihnen um Mischkonzerne. Suez, der größte der vier, ist neben Wasser in den Bereichen Energie, Abfall und Kommunikation tätig und hatte 2006 einen Gesamtumsatz von 44,3 Mrd. Euro – davon rund 10 Mrd. im Wassersektor (www.suez.com). Ihm gehören u. a. die Tochterunternehmen Aguakan, Aguas de Barcelona, Aquasystems, Australian Water Systems, Degremont Eurawasser, LEMA, Lydec, Lyonnaise des Eaux, Macao Water, Northumbrian Water, Ondeo, Sino-French Holding und United Water (www.suez.com/metiers/english/environnement/index.php).

Die großen Wasserkonzerne kontrollieren jeweils die gesamte Wertschöpfungskette von der Beratung über den Bau von Anlagen bis zur Versorgung der Endkund/innen (BMWA 2004). Es gibt verschiedene Arten der Privatisierung, das populärste ist das französische Leasing/Konzessions-Modell, bei dem der Privatsektor für Betrieb, Management und teilweise Aufrechterhaltung der Infrastruktur verantwortlich ist (nicht

notwendig für neue Investitionen) (Green 2003: 7). Die Unternehmen zahlen der Regierung eine Gebühr dafür, dass sie die Leitungen nutzen, und durch ihren Betrieb Gewinne erwirtschaften können. Der Konzessions-Vertrag, der hierzu zwischen einem privaten Unternehmen und der öffentlichen Hand geschlossen wird, gilt im Schnitt für zehn bis zwanzig Jahre, zum Teil aber auch wesentlich länger (Finger/Allouche 2002: 80 ff.).

Da es für Wasser immer nur ein Leitungssystem gibt und Wasser verschiedener Quellen zudem aus biologisch-chemischen Gründen nur bedingt gemischt werden kann, gibt es keinen Wettbewerb zwischen den Unternehmen im eigentlichen Sinne, sondern einen „Markt um den Markt“: nur zum Zeitpunkt der Ausschreibung einer Konzession ergibt sich eine Wettbewerbssituation (Kluge et al. 2002: 21; Tauchmann et al. 2006: 29). Die Kommunen fragen hierbei immer weniger Einzelleistungen von Zulieferern nach, sondern vermehrt Komplettdienstleistungen, wie sie die französischen Unternehmen anbieten (BMWA 2005: 106). Diese profitieren somit in vielerlei Hinsicht von der Verbreitung des Modells und ihrem Erfahrungsvorsprung.

Frankreich ist nicht nur am Markt, sondern auch in der internationalen Wasserpolitik besonders präsent (Dobner 2006). Die Verbreitung des französischen Konzessionsmodells wurde durch die Regierung gefördert. Empfängerländer wurden durch entsprechende Kreditkonditionen und Strukturanpassungsprogramme unter Druck gesetzt, ihren Wassermarkt zu kommerzialisieren und zu privatisieren (Deckwirth 2004: 16, 25). Chile soll Weltbank-Darlehen nur unter der Bedingung erhalten haben, dass das Land dem französischen Konzern *Suez*, der den Zuschlag für einen Konzessionsvertrag erhielt, eine jährliche Gewinnquote von 33 Prozent zusicherte (Shiva 2003: 131).

Seit Anfang/Mitte der 1990er-Jahre – nach Verabschiedung der Dublin-Prinzipien – hat sich eine internationale Wasserpolitik herausgebildet (Conca 2006). Als weltgrößte Konferenz hat sich das Weltwasserforum etabliert, das vom World Water Council (WWC) mit Sitz in Marseille ausgerichtet wird (www.worldwatercouncil.org). Das Forum fand bisher viermal statt, in Marrakesch 1997, in Den Haag 2000, in Kyoto 2003 und in Mexiko 2006. Es ist vergleichbar mit den Vertragstaatenkonferenzen der Klimarahmen- oder Biodiversitätskonvention. Seine Bedeutung und die daraus resultierende Relevanz des WWC sind vor dem Hintergrund der Herausbildung einer institutionellen Struktur auf globaler Ebene in Form von regelmäßigen Konferenzen und Treffen nicht zu unterschätzen. Parallel zum Weltwasserforum hat sich inzwischen sogar mit dem „People’s World Water Forum“ eine Gegenveranstaltung der globalen Zivilgesellschaft etabliert, die sich radikal gegen eine Privatisierung und teilweise gegen die Kommodifizierung von Wasser wendet (Conca 2006: 241; Deckwirth 2004: 27).

Französische Experten sind zudem in zahlreichen internationalen Gremien besonders sichtbar (Dobner 2006), zum Beispiel dem Camdessus-Panel, benannt nach dem Franzosen Michel Camdessus, dem ehemaligen Direktor des Internationalen Währungsfonds. Das Panel sprach sich vehement für die Einführung von Marktmechanismen und

die Beteiligung des Privatsektors in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aus (Finger/Allouche 2002: 115 ff.; Winpenny 2003). Mit dem Camdessus-Bericht rechtfertigt die europäische Kommission in ihren Mitteilungen zur AKP-EU-Wasserfazilität ihre Strategie der Mobilisierung privater Mittel zur Finanzierung von Wasserinfrastruktur – nach französischem Vorbild (KOM 2003-211 und KOM 2004-43).

Die Privatisierung betrifft jedoch nicht nur die Länder im Süden. Veolia, einer der großen Wasserkonzerne, zum Beispiel hat Konzessionsverträge in über 100 Ländern, unter ihnen auch Industrieländer. In Deutschland versorgt es mehr als 450 Kommunen und Industriebetriebe mit Wasser, darunter große Städte wie Berlin und Leipzig (www.veolia.de). Die deutsche Wasserwirtschaft ist kommunalwirtschaftlich geprägt und hat deshalb selbst keine Global Players hervorgebracht (BMWA 2004: 21 ff.). Ähnlich wie die französischen Wasserkonzerne sind allerdings die deutschen Energieversorger RWE und E.ON als Mischkonzerne aufgestellt – und sie haben in den letzten Jahren in Stadtwerke investiert und sind am Weltwassermarkt aktiv. Zu RWE gehörte zwischen 2000 und 2006 Thames Water als drittgrößtes Wasserunternehmen der Welt, und RWE hält weiter Anteile zum Beispiel an den Berliner Wasserbetrieben und Westfalen-Weser-Ems (www.rwe.com). Dem Konzern gehört seit 2003 auch American Water, der größte Wasserversorger Nordamerikas (www.amwater.com). E.ON hat zum Beispiel die Versorgung der Stadt Lüneburg übernommen (www.eon.de).

5. Protest gegen die Vermarktung von Wasser

Die Privatisierung, die Macht und der Einfluss der großen Konzerne haben weltweiten Widerstand hervorgerufen (Grafik 1). Kritische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie *Friends of the Earth* (FoE) und der Verein *Koordination Südliches Afrika* (KOSA) protestieren dagegen, Wasser als Ware zu behandeln und die Allokation über Marktmechanismen zu regeln (FoE 2001; Kürschner-Pelkmann/Schnabel 2004). Dabei wenden sie sich zum Teil direkt gegen die Konzerne wie RWE, die die Wasserversorgung mit Gewinn betreiben. Radikalere Aktivist/innen schließen Haushalte illegal wieder an die Wasserversorgung an, wenn die privaten Betriebe die Leitung kappen (Desai 2002: 6). In Südafrika wird das Bezahlen von Wasserrechnungen in einigen Gemeinden kollektiv verweigert (Lombard 2000: 49). Auch bei den Gewerkschaften stößt die Privatisierung auf Protest (Sjörlander Holland 2005: 137ff.).

Grafik 1: Unfaire Marktmechanismen



Quelle: Cottle 2004

In einigen Ländern kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Bekanntheit erlangten vor allem die „Wasserkriege“ in Cochabamba, Bolivien (Conca 2006: 238). Nach der Privatisierung der Wasserversorgung verdreifachte die neue Gesellschaft Aguas de Tunari (Tochterunternehmen von Bechtel, einem großen US-amerikanischen Konzern) innerhalb kürzester Zeit die Wasserpreise. Dies führte Anfang 2000 zu heftigen Protesten und einem Generalstreik. Nach Zusammenstößen der Demonstranten mit der Polizei eskalierte die Gewalt und im April 2000 wurde das Kriegsrecht über die Stadt verhängt. Bei den Unruhen gab es Tote und hunderte Verletzte.

Die Anti-Privatisierungs-Front hat sich in verschiedenen transnationalen Netzwerken und Gruppen wie *Life not for Profit*, *Waterjustice*, *Blue Planet Project* und *Friends of a Freshwater Convention* zusammengeschlossen (Balanyá et al. 2005: 281 ff.; Barlow 2005; Cottle 2004). Ihnen gehören Aktivist/innen und kritische NGOs sowohl aus dem Norden als auch aus dem Süden an, wobei es nicht nur Süd-Nord-, sondern auch Nord-Nord- und Süd-Süd-Kooperationen gibt. Die Strukturen überschneiden sich vielfach, so dass beispielsweise der Zusammenschluss *Blue Planet Project* als solcher zu den *Friends of a Freshwater Convention* gehört. Sie fordern eine internationale Wasserkonvention, die als Vehikel genutzt werden soll, zum einen um das Menschenrecht auf Wasser rechtsverbindlich zu verankern und zum anderen Privatisierungstendenzen im Wassersektor entgegenzutreten („Wasser ist keine Ware“) (Bär 2004; Barlow 2005).

Nach dem Kommentar Nr. 15 des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte³ besteht ein Menschenrecht auf Wasser, das einen universellen Zugang zu Wasser gewährleistet. Die Allokation von Wasser über Marktmechanismen kann im Widerspruch zum Menschenrecht auf Wasser stehen, wenn Menschen sich Wasser für den persönlichen Gebrauch nicht mehr leisten können und keine Ausgleichsmechanismen geschaffen werden. Problematisch sind Wasserpreise immer dann, wenn Menschen nicht in der Lage sind, sie aufzubringen. In England stiegen die Wasserpreise nach der Privatisierung in den 1990ern um rund 50 Prozent, was dazu führte, dass sie von vielen ärmeren Haushalten nicht mehr aufgebracht werden konnten (Stadler/Hoering 2003: 104). Allein im Jahr 1991 kappten die privaten Unternehmen deshalb 23.670 Wasseranschlüsse – mit entsprechenden Folgen für Hygiene und Gesundheit. Erst nach der Wahl der New Labour-Regierung im Jahr 1998 wurden solche „Cut-offs“ gesetzlich verboten (Stadler/Hoering 2003: 104). In Südafrika sollen nach der Einführung von Wasserpreisen 10 Mio. Menschen Cut-offs erlitten haben (Cottle 2004: 26; Mehta 2005: 3).

Nicht nur die Privatisierung, sondern auch die grundsätzliche Strategie, Wasser als Ware zu behandeln, stoßen deshalb auf Ablehnung seitens der Zivilgesellschaft. Der Protest reiht sich ein in den grundsätzlichen Widerstand gegen die Kommodifizierung öffentlicher Güter. Wenn Wasser oder auch andere natürliche Ressourcen bzw. Dienstleistungen (Strom, Nahrung) einen Preis erhalten, ist dies generell für diejenigen von Vorteil, die diesen problemlos leisten können – Verlierer sind die Armen. Angesichts bestehender Vermögensunterschiede innerhalb lokaler Gemeinschaften und Nationalstaaten, aber auch global zwischen Nord und Süd bürgt die Allokation über Marktmechanismen die Gefahr, dass die Armen den Preis für den Wasserkonsum der Reichen zu zahlen haben (Sachs/Santarius 2005: 108 f.).

³ General Comment No. 15. The right to water (E/C.12/2002/11): www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/385c2add1632f4a8c12565a9004dc311/a5458d1d1bbd713fc1256cc400389e94?OpenDocument&Highlight=0,CESCR,01.07.2006.

Shiva (2003: 190) beispielsweise widerspricht Anderson/Snyder, die sich vehement für kostendeckende Wasserpreise als Steuerungsinstrument einsetzen. Ihr zufolge resultiert die Wasserkrise aus der fälschlichen Gleichsetzung von Wert und Geldpreis. Tatsächlich gäbe es Ressourcen von hohem Wert ohne einen Preis. Die indische Schriftstellerin Roy (2002: 95) beschreibt, dieser Argumentation folgend, wie in Indien Wasser als Folge der Kommodifizierung zu Luxuszwecken (Fünfsternehotels, Golfplätze und Feriengebiete) genutzt wird, während es armen und indigenen Bevölkerungsgruppen sowie dem natürlichen Ökosystem entzogen wird (auch Postel 2006: 46 ff.). Die wirtschaftlichen Interessen privater Akteure kollidieren hier mit sozialen und ökologischen Anliegen. Ökologie und Fairness scheinen sich diametral entgegenzustehen.

Beim Protest gegen die Kommodifizierung wird selten zwischen direkter/individueller Wassernutzung für den persönlichen Gebrauch und indirekten/virtuellen Wasserentnahmen differenziert. Tatsächlich hinkt Roys Vergleich insofern, als dass auch ohne die Einführung kostendeckender Preise Wasser zu Luxuszwecken genutzt und damit – da es nur in begrenztem Maße vorhanden ist – bestimmten Bevölkerungsgruppen und dem natürlichen Ökosystem genommen wird. Nicht die Einführung von Wasserpreisen, sondern die Übernutzung der Ressourcen zu Luxuszwecken ist unfair und unökologisch. Unter Ressourcenverschwendung leiden Ökologie und Fairness. Wasserpreise als Allokationsmechanismus unter den Bedingungen eines freien Markts riskieren allerdings, diese Nutzung entgegen Ökologie und Fairness zu legitimieren. Wenn das Wasserangebot begrenzt ist, wird eine gesteuerte Allokation notwendig. Wasserpreise werden als Instrument eingesetzt, die Nachfrage zu steuern. Sie können insofern ökologisch sinnvoll sein, ohne fair zu wirken.

6. Preise für die Ökologie, Ausgleichsmechanismen für die Fairness

Nicht alle Gegner/innen kostendeckender Preise sprechen sich für generell subventioniertes bzw. sogar kostenloses Wasser (free water) aus. So wird zum Beispiel eine Gebühr für Wassernutzung zu „Luxuszwecken“ gefordert, um Verschwendung vorzubeugen (Krüger 2003: 199). Eine Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Wasserentnahmen könnte helfen, Wasserpreise fair und ökologisch sinnvoll anzulegen. Durch Ausgleichsmechanismen für den direkten Verbrauch oder eine Regulierung des Marktes können Wasserpreise fair und sozial verträglich gestaltet werden. Im Weiteren sollte zwischen Wasserentnahmen für lokal und global gehandelte Güter und Dienstleistungen differenziert werden.

Als erste Priorität sollte gemäß dem Menschenrecht auf Wasser, der Zugang für alle Menschen zu Wasser für den persönlichen Gebrauch im Haushalt, zum Trinken, Kochen, Waschen und Hygiene, sichergestellt werden, einschließlich sanitärer Entsorgung. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt diese Menge auf 50–100 Liter mit einem absoluten Minimum von 20 Litern pro Tag (Winkler 2007b). Darüber hinaus geht es um „virtuelles“ Wasser, indirekte Entnahmen, die für die Herstellung von Produkten und für Dienstleistungen gebraucht werden – über 5000 Liter pro Kopf und Tag bei einem westlichen Lebensstil. Man kann davon ausgehen, dass sogar in den wasserärmsten Gegenden bei weitem genügend Wasser vorhanden ist, um die Grund-, nicht jedoch sämtliche Bedürfnisse aller Menschen zu erfüllen (Winkler 2007b: 1).

Das meiste Wasser wird weltweit mit rund 70 Prozent in der Bewässerungslandwirtschaft genutzt, gefolgt von der Industrie mit etwa 20 Prozent (Spillmann 2000: 160; UNESCO 2006: 2). Gäbe es einen „wahren“ Preis oder würde zumindest ein Preis angestrebt, bei dem Umweltkosten internalisiert sind, müssten Produkte und Dienstleistungen aus solchen Regionen, in denen die Wasserressourcen besonders belastet oder schwer zugänglich sind, mehr kosten als solche aus wasserreichen Gegenden (WBGU 1997: 132 ff.).

Grundsätzlich ist Wasser zwar nicht substituierbar, aber die Einführung von Marktmechanismen erlaubt die Umsetzung von Strategien zur Steigerung von Effizienz, der Konsistenz und eventuellen Suffizienz (Sachs/Sartorius 2005: 165 ff.). Insbesondere in der Bewässerungslandwirtschaft bieten effizientere Technologien enorme Einsparpotenziale – sofern Wasser etwas kostet, auch ökonomisch (Tauchmann et al. 2006). Beispielhaft für den Ansatz der Konsistenz, ist der Anbau traditioneller trockenresistenter Pflanzen, die weniger oder keine Bewässerung erfordern (Shiva 2003: 155 ff.). Ein Problem ist, dass hierfür oft keine (globalen) Vermarktungsstrategien bestehen.

Suffizienzstrategien würden vom Konsum bestimmter Produkte, die nur durch Ressourcenübernutzung, ermöglicht werden, absehen. Das ist verbunden mit einem fundamentalen Wandel der Konsum- und Produktionsmuster.

Gerade die Wasserkrise resultiert aus der „normalen“ Funktionsweise anderer Sektoren, wie der Landwirtschaft, die in der Regel auf (kurzfristiges) wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet sind, ohne die physischen und ökologischen Grenzen der natürlichen Ressourcen zu berücksichtigen (Matondo 2002: 835). So ist beispielsweise die Produktion wasserintensiver *Cash Crops* wie der Anbau von Kaffee, Baumwolle oder Schnittblumen für den europäischen Markt, für viele Entwicklungsländer wirtschaftlich lukrativ; zugleich kann sie jedoch bestehende Wasserknappheit verschärfen (Paulitsch et al. 2004: 24, 27; Sachs/Santarius 2005: 111).

Der Aralsee ist ein warnendes Beispiel hierfür (Létolle/Mainguet 1996; WBGU 1997: 175ff.). Aufgrund des extensiven Baumwollanbaus ist der ursprünglich viertgrößte See der Erde (nach dem Kaspischen Meer, Lake Superior und dem Victoriasee) seit den 1960er Jahren auf die Hälfte seiner ursprünglichen Fläche geschrumpft und soll in den späten 1990er Jahren bis zu 90 Prozent seines Wasservolumens eingebüßt haben. Noch immer geht mehr als die Hälfte der Wassernutzung auf die extreme Spezialisierung der Region auf den Baumwollanbau für den Export zurück. Dabei wird nicht nur die Fläche des Aralsees immer kleiner, sondern auch der Salzgehalt hat auf dramatische Weise zugenommen und sich seit 1960 etwa verfünffacht. Alle ursprünglichen Fischarten sind inzwischen ausgestorben. Tausende Fischerfamilien verloren ihre Existenzgrundlage (Karaev 2006: 45; Kürschner-Pelkmann 2005: 34 ff.; Weinthal 2002: 3).

Die Förderung von Biotreibstoffen in den USA und der EU, führt dazu, dass in Ländern wie Brasilien und Südafrika vermehrt Mais, Soja und Zuckerrohr für ihre Produktion statt als Lebensmittel angebaut werden (Hughes et al. 2007). Hätte Wasser einen (hohen) Preis, würde es sich für die Landwirte zumindest lohnen, in effiziente Bewässerungstechnologien zu investieren. Nur gezielte und differenzierte Marktmechanismen würden sie jedoch tatsächlich vom Anbau für Biotreibstoffe abhalten. Für einen solchen Fall müsste der Preis „virtuellen“ Wassers für den Export (wesentlich) höher sein als für die Produktion von Lebensmitteln für den lokalen Markt.

Parallel zur Kommodifizierung müsste es eine zusätzliche Absicherung geben, dass die lokale Bevölkerung genügend Wasser, insbesondere für den persönlichen Gebrauch im Haushalt, ggf. auch für Subsistenzlandwirtschaft erhält. In einigen Ländern, wie Großbritannien, ist es grundsätzlich verboten, das Wasser abzustellen (Stadler/Hoering 2003: 104). Denjenigen, die Rechnungen nicht bezahlen können, werden Kredite eingeräumt. In Südafrika wurde das Programm *Free Basic Water* (FBW) eingeführt (Bond 2004: 143 ff.; Cottle 2004: 27 ff.): Jeder Haushalt erhält danach 6000 Liter kostenloses Wasser pro Monat. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von acht Personen entspricht das 25 Litern pro Person und Tag. Finanziert werden soll dieses Wasser über so genannte „Block Tariffs“. Der erste Block ist frei, danach steigen die

Wasserpreise derart, dass Haushalte mit hohem Konsum jene Haushalte, die nicht mehr als 200 Liter pro Tag bzw. 6000 Liter pro Monat verbrauchen und nicht zahlen, quersubventionieren.

FBW ist jedoch nach wie vor in der Diskussion, denn es hat mehrere Haken (Cottle 2004; Winkler 2007a). Es stellte sich heraus, dass sowohl in ländlichen Gebieten als auch armen Stadtvierteln oft nicht genug Haushalte überhaupt die hohen Tarife erreichen, die für diese Form der Quersubventionierung notwendig wären (Cottle 2004: 29ff; Mehta 2005: 5 ff.). Unter Umständen kann es sich dennoch rechnen, auf die Berechnung geringer Mengen (bis 25 Liter/Tag) zu verzichten, wenn der Aufwand, das Geld einzutreiben, höher ausfällt als die Einnahmen. Deswegen wurde FBW z.B. von der Alfred Nzo District Municipality (ANDM) flächendeckend umgesetzt (Metha 2005: 5). Im ganzen Land erhalten bisher rund drei Viertel der Haushalte, die ans Wassernetz angeschlossen sind, ihre 6000 Liter kostenloses Basiswasser im Monat (www.dwaf.gov.za/freebasicwater/).

Die 25 Liter, die jeder theoretisch kostenlos erhalten soll, sind dabei weniger als die von der WHO als notwendig erachtete Wassermenge von 50–100 Litern pro Person und Tag, auch wenn sie über dem absoluten Minimum von 20 Litern liegen. Wenn in Südafrika mehr als zehn Personen in einem Haushalt leben, was nicht selten vorkommt, müssen sie mit dem absoluten Minimum von 20 Litern pro Person (oder weniger) auskommen, sofern sie nicht draufzahlen können oder wollen. Gerade in ländlichen Gebieten wird Wasser zudem nicht nur zum Trinken, Kochen und Waschen, sondern auch zum Anbau von Lebensmitteln für den Eigenbedarf genutzt. Wenn Rechnungen nicht bezahlt werden, wird das Wasser trotz des Rechts auf Wasser und der freien 25 Liter pro Tag abgestellt (Winkler 2007a). Damit wird vielen Südafrikaner/innen ihr Recht auf Wasser verweigert.

Die Diskussion um FWB und Ausgleichsmechanismen für ärmere Haushalte nimmt viel Raum ein in der internationalen Diskussion um die Kommodifizierung von Wasser. Selbst im wasserarmen Südafrika werden allerdings nur 12 Prozent des Wassers direkt im Haushalt verbraucht (Chenje/Johnson 1996: 14). Der überwiegende Anteil wird hier für die Bewässerung in der Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Waldwirtschaft verwendet. Mehr als die Hälfte der häuslichen Nutzung dient in Südafrika zudem Luxuszielen, wie Swimmingpools und Gartenbewässerung in wohlhabenden und überwiegend von Weißen bewohnten Vierteln. Ländliche Gemeinden dagegen konsumieren nur ein Prozent des südafrikanischen Süßwassers (Cottle 2004: 22). Wasserpreise, die zulasten der armen ländlicher Gemeinden gehen, nutzen deshalb nicht der Ökologie und schaden der Fairness. Wasserpreise, die den Verbrauch zu Luxuszielen verringern, können dagegen sowohl als fair als auch als ökologisch sinnvoll erachtet werden.

7. Fazit

Marktmechanismen und Preise für natürliche Ressourcen sind per se weder fair noch ökologisch, aber auch nicht unfair und unökologisch. Es kommt auf die Ausgestaltung im jeweiligen Kontext an. Nach Abwägung aller Pros und Contras ist eine Kommodifizierung von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu unterstützen, wobei es aber auf eine bestimmte Ausgestaltung, die auf Ökologie und Fairness ausgerichtet ist, ankommt. Das Gros des Wassers (70 Prozent) wird weltweit in der Bewässerungswirtschaft genutzt. Wasserpreise sollten deshalb hier ansetzen, um eine ökologische Wirkung zu erzielen. Die Einsparpotenziale im Haushalt (10 Prozent der Wassernutzung) fallen dagegen gering aus. Zudem stehen individuelle Wasserpreise aufgrund bestehender Vermögensunterschiede im Spannungsverhältnis zu Aspekten der Fairness. Wenn ärmere Haushalte nicht für die Wasserpreise aufkommen können, kommt es zum Konflikt mit dem Menschenrecht auf Wasser. Anti-Privatisierungs-Netzwerke wie die *Friends of a Freshwater Convention* fordern deshalb eine internationale Konvention, die einen universellen Zugang zum „Lebensmittel Nr. 1“ garantiert.

Der Einstieg privater Konzerne in die Wasserversorgung hat weltweit Proteste ausgelöst – und dieser ist wohl begründet. Abgelehnt wird vor allem eine Kommodifizierung der individuellen Wasserversorgung, d.h. direkter Wasserentnahmen durch private Haushalte. Wasserpreise werden von weiten Teilen der globalen Zivilgesellschaft aufgrund bestehender Vermögensunterschiede als nicht fair bewertet. Ebenso unfair ist es jedoch, wenn lokale Wasserressourcen durch Landwirtschaft und industrielle Prozesse übernutzt werden, insbesondere für den Anbau von *Cash Crops* für den Welthandel. Marktmechanismen wie das Kostendeckungsprinzip und ein nachfrageorientierter Ansatz bieten insofern im Bereich der indirekten Wassernutzung nicht nur die Chance zu mehr Ökologie, sondern auch mehr Fairness.

Die Einführung (höherer) Preise für übernutzte natürliche Ressourcen ist ökologisch sinnvoll. Damit Preise fair bleiben bzw. werden, gilt es, Ausgleichsmechanismen für arme Bevölkerungsgruppen zu entwickeln. Der Zugang zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen darf keinem Menschen verwehrt werden. Das trifft auf die Wasserversorgung und sanitäre Entsorgung ebenso zu wie auf steigende Stromtarife und Preise für Grundnahrungsmittel, wie Tortillas in Mexiko. Für einkommensschwache Haushalte, hat zum Beispiel E.ON in Großbritannien einen Fonds gegründet, der sie davor bewahren soll, dass ihnen der Strom abgestellt wird (www.eon.com/de/unternehmen/8528.jsp). In Deutschland wird die Übernahme der Stromkosten durch die öffentliche Hand zusätzlich zum Hartz IV-Regelsatz diskutiert (Büser 2005).

Literatur

- Balanyá, Belén/Brennen, Brid/Hoedemann, Oliver et al. (Hg.) (2005): Reclaiming Public Water. Achievements, struggles and visions from around the world, Transnational Institute (TNI)/Corporate Europe Observatory (CEO), Amsterdam
- Bär, Rosemarie (2004): Warum wir eine internationale Wasserkonvention brauchen, Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks, Bern
- Barlow, Maude (2005): Multis nutzen jedes Vakuum, Interview von Gerhard Dilger; in: die tageszeitung (taz), 31.01.2005, 9
- Bond, Patrick/McDonald, David/Ruiters, Greg/Greef, Liane (2001): Water Privatisation in Southern Africa, Environmental Monitoring Group, Kapstadt
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) (2004): Dokumentation „Wasser ist Leben. Verantwortung und Chancen der Deutschen Wasserwirtschaft in Entwicklungsländern“, Fachkonferenz des BMWA) in Zusammenarbeit mit Berlinwasser International, Gelsenwasser und Siemens, 09.12.2004, Berlin
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) (2005): Dokumentation. Wasserleitfaden. Leitfaden zur Herausbildung leistungsstarker kommunaler und gemischtwirtschaftlicher der Wasserver- und Abwasserentsorgung
- Büser, Wolfgang (2005): Hartz-IV-Empfänger vor Gericht. Auto, Wohnung, Extra-Ausgaben: Wie die Sozialgerichte Hartz IV auslegen; in: Süddeutsche Zeitung, 01.12.2005
- Chenje, Munyaradzi/Johnson, Phyllis (Hg.) (1996): Water in Southern Africa, Southern Africa Development Community (SADC), The World Conservation Union (IUCN), Southern Africa Research and Documentation Centre (SARDC), Harare
- Conca, Ken (2006): Governing Water. Contentious Transnational Politics and Global InstitutionBuilding, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, London
- Cottle, Eddie (2004): The Class Nature of Free Water in South Africa. From Past to Present, www.attac.de/privatisierung/?id=Wasser.Speakerstouren.Cottle, 01.03.2006
- Dalkmann, Holger et al. (2004): Wege von der nachholenden zur nachhaltigen Entwicklung. Infrastrukturen und deren Transfer im Zeitalter der Globalisierung, Wuppertal Paper Nr. 140/2004, ISSN 0949-5266, Wuppertal
- Desai, Ashwin (2002): We are the Poor. Community Struggles in Post-Apartheid South Africa, Monthly Review Press, New York
- Dobner, Petra (2006): Did the state fail? Zur Transnationalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge: Die Reform der globalen Trinkwasserpolitik, www.dvpw.de/dummy/fileadmin/docs/2006xDobner.pdf, 20.07.2007
- Europäisches Parlament/Europäische Rat (2000): Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasser-Rahmenrichtlinie/WRRL), 23.10.2000, Brüssel
- Europäisches Umweltbüro (EEB)/Breyer, Hiltrud (Hg.) (2001): Handbuch zur EU-Wasserpolitik im Zeichen der Wasser-Rahmenrichtlinie, Brüssel
- Finger, Matthias/Allouche, Jeremy (2002): Water Privatisation. Transnational Corporations and the Re-Regulation of the Water Industry, Spon Press, London, New York
- Friends of the Earth (FoE) (2001): Dirty Water. The environment and social records of four multinational water companies, London

- Green, Joanne (2003): *Advocacy guide to private sector involvement in water services*, Tearfund and Water Aid, London
- Helming, Stefan (2002): *Der weltweite Durst nach Wasser*; in: Hans Böckler Stiftung (Hg.): *Mitbestimmung 4/2002*, 46–49
- Hoekstra, A.Y./Hung, P.Q. (2005): *Globalisation of water resources: international virtual water flows in relation to crop trade*; in: *Global Environmental Change 15/2005*, 45–56
- Hughes, Sara/Partzsch, Lena/Gaskell, Joanne (2007): *The Development of Biofuels Within the Context of the Global Water Crisis*; in: *Sustainable Development Law and Policy 3 (7)/2001*, 58–62
- Karaev, Zainiddin (2006): *Wer Wasser hat, wer Wasser will. Schwierige Diplomatie im Verteilungskampf um das kostbare Nass*; in: *Der Überblick. Zeitschrift für ökumenische Begegnungen und internationale Zusammenarbeit 1/2006*, 44–47
- Kluge, Thomas/Lux, Aklexandra/Schramm, Engelbert (2002): *Markttöffnung bei der Trinkwasserversorgung – Entwicklung von Verbraucherschutzpositionen. Projektbericht – Online-Version Teil II: Ökologische, ökonomische, soziale und allgemein rechtliche Fragestellungen*, www.isoe.de/projekte/reload.htm?vznrw.htm, 01.07.2007
- Krüger, Sabine (2003): *Ein Element unter Druck. Wasser und Wassermärkte zwischen Regulierung und Privatisierung*; in: Brunnengräber, Achim (Hg.): *Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck. Festschrift für Elmar Altvater, Westfälisches Dampfboot, Münster*, 197–217
- Kürschner-Pelkmann, Frank (2005): *Das Wasserbuch. Kultur, Religion, Gesellschaft, Wirtschaft*, Lembeck, Frankfurt/Main
- Kürschner-Pelkmann, Frank/Schnabel, Peter (2004): *‘Imagine ... clean drinking water for everyone’. RWE Thames Water – a German Player on the Global Water Market, Coordination Southern Africa*, Bielefeld
- Létolle, René/Mainquet, Monique (1996): *Der Aralsee. Eine ökologische Katastrophe*, Springer, Berlin
- Lombard, Christiaan Samuel (2000): *Stakeholder Assumptions in Public-Private Partnerships in Water Services*, Master Thesis, University of Witwatersrand, Johannesburg
- Lozán, José/Graßl, Hartmut/Hupfer, Peter/Menzel, Lucas/Schönwiese, Christian D. (Hg.) (2005): *Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle? Genügend Wasser für alle – ein universelles Menschenrecht, Wissenschaftliche Auswertungen*, Hamburg
- Matondo, Jonathan (2002): *A comparison between conventional and integrated water resource planning and management*; in: *Physics and Chemistry of the Earth 27/2002*, 831–838
- Meadows, Dennis L./Meadows, Donella H. (1972): *The Limits to Growth: A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*, Universe, Lincoln
- Mehta, Lyla (2005): *Unpacking rights and wrongs: do human rights make a difference? The case of water rights in India and South Africa*, November 2005, Institute of Development Studies, Brighton, Sussex BN1 9RE, England
- Mehta, Lyla/la Cour Madsen, Birgit (2005): *Is the WTO after your water? The General Agreement on Trade in Services (GATS) and poor people's right to water*; in: *Natural Resources Forum 29/2005*, 154–164
- Middleton, Neil/O'Keefe, Phil (2003): *Rio plus ten. Politics, poverty and the environment*, Pluto Press, London
- Pallett, John (1997): *Sharing Water in Southern Africa*, Desert Research Foundation of Namibia, Windhoek
- Paulitsch, Katharina/Burdick, Bernhard/Baedeker, Carolin (2004): *Am Beispiel der Baumwolle. Flächennutzungskonkurrenz durch exportorientierte Landwirtschaft*, Wuppertal Paper Nr. 148, Wuppertal
- Postel, Sandra (2006): *Safeguarding Freshwater Ecosystems*; in: Worldwatch Institute (Hg.): *State of the World 2006: Special Focus: China and India*, W.W. Norton and Company, New York, 41–76

- Rahaman, Muhammad M./Varis, Olli/Kajandar, Tommi (2001): EU Water Framework Directive vs. International Principles concerning IWRM: The seven Mismatches, Water Resource Laboratory, Helsinki University, Helsinki
- Rechkemmer, Andreas/Schmidt, Falk (2006): Neue globale Umweltpolitik. Die Bedeutung der UN-Reform für eine nachhaltige Wasser- und Waldpolitik, Erich Schmidt, Berlin
- Roy, Arundhati (2002): Die Politik der Macht, btb/Goldmann Verlag, München
- Sachs, Wolfgang/Santarius, Tilman (Hg.) (2005): Fair Future. Ein Report des Wuppertal Instituts. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, C.H. Beck, München
- Shiva, Vandana (2003): Der Kampf um das blaue Gold. Ursachen und Folgen der Wasserverknappung, Rotpunktverlag, Zürich
- Simonis, Udo E. (2001): Wasser als Konflikursache – Plädoyer für eine internationale Wasserstrategie, WZB FS II 01-406, Berlin
- Sjölander Holland, Ann-Christin (2005): The Water Business. Corporations versus People. Zed Books, London, New York
- Spillmann, Kurt R. (2000): Wasser als Thema der Weltpolitik; in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Stadler, Lisa/Hoering, Uwe (2003): Das Wassermonopoly. Von einem Allgemeingut und seiner Privatisierung, Rotpunktverlag, Zürich
- Tauchmann, Harald/Hafkesbrink, Joachim/Nisipeanu, Peter/Thomzik, Markus et al. (Hg.) (2006): Innovationen für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Einflussfaktoren und Handlungsbedarf, Physika-Verlag, Heidelberg
- Tiggers, Claus (2007): Tortilla-Krise in Mexiko, Frankfurter Allgemeine Zeitung 27, 01.02.2007, 12
- Torkil, Jøneh-Clausen (2004): '...Integrated Water Resources Management (IWRM) and Water Efficiency Plans by 2005' Why, What and How?, Global Water Partnership, Background Paper No. 10, Eleanders, Stockholm
- UN Commission on Sustainable Development (CSD) (2005): Teilnehmende Beobachtung bei der 13. Sitzung der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung, 11.–22. April 2005, New York
- UN Development Programme (UNDP) (2006): Human Development Report 2006. Beyond scarcity: Power, poverty and the global water crisis, New York
- UN Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) (2006): Water a shared responsibility. The UN World Water Development Report 2, World Water Assessment Programme, Berghahn Books, New York, Paris
- Winkler, Inga T. (2007a): Respect, Protect, Fulfil; The Implementation of the Human Right to Water in South Africa; Paper presented at the Workshop on 'Legal Aspects of Water Sector Reforms', International Environmental Law Research Centre, Geneva, 20 to 21 April 2007, www.ielrc.org/activities/workshop_0704/content/d0729.pdf
- Winkler, Inga T. (2007b): Das Menschenrecht auf Wasser – Priorität für die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse; Paper präsentiert bei: Wasser – Konfliktstoff des 21. Jahrhunderts? – Von der Krisendiagnose zum Problemmanagement, Interdisziplinäre Konferenz der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 1.–3. Juni 2007, Freiburg
- Winpenny, James (2003): Report of the World Panel on Financing Water Infrastructure. Financing Water for All. Chaired by Michel Camdessus, www.worldwatercouncil.org/fileadmin/www/Library/Publications_and_reports/CamdessusReport.pdf, 01.10.2006
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (1997): Globale Umweltveränderungen – Welt im Wandel: Wege zu einem nachhaltigen Umgang mit Süßwasser, Jahresgutachten, Springer, Berlin

Abstracts der Reihe „Berichte aus dem Promotionskolleg“

Weniger Inanspruchnahmen und gerechter Verteilen: ein Konzept für ein Handelssystem mit globaler Dematerialisierung und einer gerechter verteilten Ressourceninanspruchnahme als Zielsetzung

Monika Dittrich

Die steigende Inanspruchnahme der Natur durch die Menschen und die immensen Gegensätze zwischen Arm und Reich sind zentrale Herausforderungen unserer Zeit. In diesem Beitrag wird globale Dematerialisierung, also die Minderung des weltweiten Ressourcenverbrauchs, als das zentrale Ziel gesehen und aufgezeigt, wie Handel zu diesem Ziel beitragen kann. Handelsinduzierte Umverteilungen von Ressourceninanspruchnahmen – Nutzen, Belastungen sowie Kompensationen – werden unter dem Blickpunkt internationaler Ressourcengerechtigkeit thematisiert. Es werden drei Kriterien abgeleitet, die ein alternatives Handelssystem regeln könnten und mit denen bereits heute bewertet werden kann, inwiefern der internationale Handel zur globalen Dematerialisierung und ressourcengerechteren Verteilung zwischen Armen und Reichen beiträgt.

Geistige Eigentumsrechte an genetischen Ressourcen – weder ökologisch noch sozial gerecht

Gregor Kaiser

Biologische Vielfalt und Saatgut sind seit einigen Jahren umkämpfte Ressourcen; geistige Eigentumsrechte wie Patente oder Sortenschutzrechte sind Instrumente, mit denen versucht wird, die Vielfalt Inwertzusetzen. Doch dies ist weder ökologisch sinnvoll noch sozial gerecht. In dem Artikel werden die Folgen geistiger Eigentumsrechte an genetischen Ressourcen aufgezeigt und die Dichotomie zwischen Gesellschaft und Natur überwunden. Anhand der Konzepte der ökologischen Gerechtigkeit sowie des Environmental Justice Movement werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie der Umgang mit genetischen Ressourcen gestaltet werden kann.

Qualität statt Masse – Spezialkaffee als Ansatz für eine öko-faire Gestaltung der Wertschöpfungskette?

Reinhild Bode

Wie lassen sich Wertschöpfungsketten im Zeitalter der Globalisierung ökologisch und fair gestalten? Konventioneller Kaffeeanbau führt gegenwärtig zu ökologischen und sozialen Problemen. Inwieweit kann Produktion und Vermarktung von Qualitätskaffee

eine Alternative für Erzeuger und Verbraucher bieten? Aus den Erfahrungen kolumbianischer Kleinbauernorganisationen leiten sich Möglichkeiten und Grenzen dieses Ansatzes ab.

Folgenabschätzungen als Teil internationaler Handelsabkommen

Aranka Podhora

Die Zahl der regionalen Handelsabkommen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig steht die Handelsliberalisierung verstärkt in der Kritik der Öffentlichkeit, die sich gegen Umweltschäden und soziale Ungerechtigkeit als Ergebnis der Abkommen wendet. Das Instrument der Folgenabschätzungen soll dazu beitragen, die Auswirkungen von Handelsabkommen zu ermitteln. Das Paper gibt auf der Basis der EU-Nachhaltigkeitsprüfung und der NAFTA-Umweltprüfung einen Einblick in den Analyserahmen, in die Partizipationsmöglichkeiten sowie in den politischen Rückhalt des Instruments. Vor dem Hintergrund der beiden Beispiele werden die Einflussmöglichkeiten von Folgenabschätzungen auf die Gestaltung des Welthandels diskutiert.

Fairness in globalen Wertschöpfungsketten durch Netzwerk-Governance?

Mark Starmanns

In dem Paper wird untersucht, inwiefern die Kooperation mit Stakeholdern in globalen Wertschöpfungsketten dazu beitragen kann, dass globalisierte Produktion ökologischer und vor allem fairer gestaltet werden kann. Am Beispiel zweier Initiativen aus dem Bekleidungssektor, der Multi-Stakeholder Initiative „Fair Wear Foundation“ und der Business Initiative „Business for Social Compliance Initiative“ werden zwei verschiedene Ansätze auf ihren Beitrag hin verglichen.

Biomassezertifizierung unter Wachstumsdruck: Wie wirksam sind Nachhaltigkeitsstandards bei steigender Nachfrage?

Diskussion am Beispiel der Wertschöpfungskette Palmöl

Justus von Geibler

Die globale Nachfrage nach Bioenergie lässt derzeit einen boomenden Biomassehandel mit weit reichenden ökologischen und sozialen Auswirkungen entstehen. Standards und deren Zertifizierung werden als viel versprechender Ansatz zur Sicherung der Nachhaltigkeit in der Wertschöpfungskette gesehen. Inwieweit kann damit aber den unerwünschten Auswirkungen einer stark steigenden Nachfrage begegnet werden? Am Beispiel des Palmölhandels und der Standards des Roundtable on Sustainable Palm Oil wird diskutiert, unter welchen Voraussetzungen nichtstaatliche Standards zu einer öko-fairen Gestaltung der Wertschöpfungskette beitragen können und wie eine steigende Nachfrage die Wirksamkeit der Standards beeinflusst.



„Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?..“

Seit Ende der 90er-Jahre konzentriert sich die weltweite Debatte über die Epochenfrage „Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?“ vor allem auf den Welthandel und seine Gestaltung. Handel wird auf neue Wirtschaftssektoren ausgedehnt und wirkt verstärkt in den politischen Gestaltungsraum hinein. Das derzeitige Handelsregime als Ordnungsrahmen für die transnationale Ökonomie gewährleistet jedoch weder eine ökologische noch faire Ausrichtung der globalen Handelsstrukturen.

Vor diesem Hintergrund werden in dem Promotionskolleg „Ökologie und Fairness im Welthandelsregime“ sieben Forschungsarbeiten durchgeführt, die auf eine Reform des Welthandels im Sinne von Ökologie und Gerechtigkeit abzielen:

- Eigentum und Allmende – Alternativen zu geistigen Eigentumsrechten an genetischen Ressourcen (Gregor Kaiser)
- Chancen und Grenzen der Integration von Kleinbauern in Wertschöpfungsketten – das Beispiel Spezialkaffee aus Kolumbien und Ecuador (Arbeitstitel, Reinhild Bode)
- Ökologische Indikatoren des internationalen Handels: Vergleich und Deutung physischer Handelsbilanzen (Monika Dittrich)
- Global Governance in Partnerschaft. Die EU-Initiative „Water for Life“ (Dr. Lena Partzsch)
- Umwelt-Governance in globalen Wertschöpfungsketten – eine Netzwerk- und Stakeholder-Perspektive (Arbeitstitel, Mark Starmanns)
- Institutioneller Wandel in globalen Wertschöpfungsketten: Evolution von Akteursnetzwerken und Nachhaltigkeitsstandards im internationalen Biomassehandel (Justus von Geibler)
- Das Instrument der Umweltprüfungen im Nordamerikanischen Umweltabkommen des NAFTA (Aranka Podhora)

Das Kolleg wurde am Wuppertal Institut zum 1. April 2005 unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Sachs eingerichtet. Es wird gefördert durch die Heinrich-Böll-Stiftung. Das Promotionskolleg ist Teil des Dissertationsprogramms des Wuppertal Instituts.

Die vorliegende Publikation ist ein Zwischenergebnis aus der Promotionsarbeit sowie aus den gemeinsamen Diskussionen im Rahmen des Kollegs.